

BVV stritt um Maßnahmen gegen Falschparker und die ganze Verkehrspolitik. Kein anderer Berliner Bezirk lässt so viele falsch geparkte Fahrzeuge abschleppen wie Charlottenburg-Wilmersdorf. Mit 4013 Umsetzungen im vergangenen Jahr sei das Ordnungsamt stadtweit der „Spitzenreiter“, gab der zuständige Stadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne) am gestrigen Donnerstag in der Bezirksverordnetenversammlung bekannt. Damit antwortete er auf [Fragen](#) der Grünen-Fraktion zur Verkehrsüberwachung.

Grüne und SPD fordern einen bezirkseigenen Abschleppwagen. Diesen [Antrag](#) überwies die BVV zur Beratung in die Ausschüsse. Außerdem wurde bekannt, dass der Berliner Senat ein Programm zur „temporären Verkehrsüberwachung“ durch zusätzliche Ordnungsamtskräfte bis Oktober verlängert und finanziert. Andernfalls wäre es Ende April ausgelaufen.

Als dauerhafte Lösung schlug Stadtrat Schruoffeneger vor, die Überwachungen im Verkehrsbereich „zusammenzuführen“. Ein entsprechende Bitte habe er der Senatsfinanzverwaltung gesandt, die für Personalangelegenheiten verantwortlich ist.

Die bisherige Trennung der Verkehrs- und der Parkraumüberwachung findet Schruoffeneger „absurd“. Bei Kontrollen in Parkgebührenzonen dürfte das speziell dafür eingesetzte Personal lediglich Strafzettel verteilen, wenn Parkscheine an Fahrzeugen fehlen. Stehe ein Auto dagegen im absoluten Halteverbot, müssten erst Mitarbeitende der Verkehrsüberwachung oder des Allgemeinen Ordnungsdienstes herbeigerufen werden. Denn nur sie seien berechtigt, einen Abschleppdienst zu beauftragen.

Es kam zu einer verkehrspolitischen Grundsatzdebatte. Die FDP-Fraktion kritisierte eine „Vernichtung öffentlichen Parkraums“. Man fordere seit Langem schon „Kiezgaragen“, sagte Vize-Fraktionschef **Tobias Bergmann**. Bei Fahrzeugumsetzungen werde oft mit „Kanonen auf Spatzen geschossen“. Wenn jemand ein Auto beispielsweise vor einer Bankfiliale kurz auf den Radweg stelle, um Geld abzuheben, sei ein Bußgeld angebracht, aber „das Abschleppen nicht notwendig“. Redner:innen der Grünen und der Linken widersprachen: Ein solcher Fall sei „keine Bagatelle“, weil Radfahrende gefährdet würden.

„**Wir leben noch immer in einer autozentrierten Stadt**“, sagte **Jakob Zimmer** (Grüne). Allgemein sei „mehr Flächengerechtigkeit“ nötig. Parkplätze würden nicht entfernt, um Autofahrende zu ärgern, sondern um Radwege zu bauen und Gehwege zu verbreitern.

Hohe Parkgebühren im ganzen Bezirk forderte die Co-Vorsitzende der Linksfraktion, **Frederike-Sophie Gronde-Brunner**. Autos mit Elektromotor sollten davon nicht ausgenommen werden. „Auch sie stehen herum“ und blockierten anderweitig nutzbare Flächen.

Falsch geparkte Wagen seien ein „Riesenproblem“ bei der Schulwegsicherheit, betonte **Claudia Buß** (SPD). Eltern mit Kinderwagen würden ebenfalls massiv behindert.

Man dürfe „Autofahrer nicht in die Ecke des Bösen drängen“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Stefan Häntsch**. Auch Radfahrende, die zum Beispiel verbotenerweise auf Gehwegen unterwegs sind, gefährdeten Fußgänger und Fußgängerinnen. Die CDU-Verordnete **Christine Schmidt-Statzkowski** sprach sich für Kurzzeitparkplätze aus. Damit könne könne beispielsweise „mobilitätsgestörten Menschen und Familien“ bei Arztbesuchen geholfen werden.

„Mehr Rücksichtnahme“ im Straßenverkehr wünschte sich Stadtrat Schruoffeneger. „Die Menschen müssen wieder verstehen, dass Regeln einen Sinn haben.“ Leider zeige sich vielerorts, dass eine dichte Reihe von Pollern nötig sei, um Falschparkende abzuhalten. Als Beispiel nannte er die Kreuzung zwischen dem Horstweg und der Wundtstraße. Über die dortige Situation können Sie mit einem Abonnement von Tagesspiegel Plus [hier mehr lesen](#).

Spezielle Kiezparkhäuser findet Schruoffeneger unnötig. Nach seinen Worten hat eine Analyse des Bezirksamts gezeigt, dass es in jedem privat geführten Parkhaus im Bezirk viele freie Plätze gebe. Sie würden nur zu selten genutzt.

Über weitere Themen aus der BVV berichten wir in der kommenden Woche hier im Newsletter. Die Sitzung wurde live auf YouTube übertragen, Interessierte können sich dort weiterhin [eine Aufzeichnung ansehen](#). Die dazugehörige Tagesordnung [steht hier](#).